

Weniger Blindengeld: SPD gegen Selling

Die SPD-Fraktion im Landtag will die von Sozialminister Erwin Selling und Finanzministerin Sigrid Keler geplante Kürzung des Landesblindengeldes nicht mittragen. Viele Abgeordnete fühlen sich getäuscht.

Schwerin (OZ) Meuterei gegen SPD-Landeschef und Sozialminister Erwin Selling: Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion laufen Sturm gegen die vom künftigen Ministerpräsidenten geplante Kürzung des Landesblindengeldes. Morgen stimmt der Landtag erstmals über die umstrittene Absenkung von 546,10 Euro auf 333 Euro im Monat ab. Minderjährige sollen laut Gesetzentwurf statt 273 nur noch 166 Euro bekommen.

SPD-Sozialexperte Jörg Heydorn erklärte, das Gesetz "in Bausch und Bogen" abzulehnen. Neu und überraschend ist die Begründung des Sozialdemokraten: "Die Zahlen, die uns Selling in Absprache mit dem Finanzministerium als Berechnungsgrundlage gegeben hat, sind unvollständig und falsch. Ich fühle mich getäuscht." Laut Heydorn haben sowohl Finanzministerin Sigrid Keler (SPD) als auch Selling immer wieder betont, die Absenkung erfolge nach dem Vorbild Sachsens. Dort beträgt das Blindengeld 333 Euro. Heydorn: "Man hat uns allerdings nicht gesagt, dass Sachsen zusätzlich 103 Euro für Gehörlose sowie 77 Euro für andere Behinderte zahlt." Der SPD-Politiker nannte das Vorgehen des designierten Regierungschefs "unseriös".

Auch die SPD-Landtagsabgeordnete Martina Tegtmeier zeigt sich empört. Bis vor einer Woche seien ihr die vollständigen Zahlen vorenthalten worden. Sie empfinde es als "knifflig", Ländervergleiche ohne andere Behindertenarten heranzuziehen. "So krumm denken kann man gar nicht." Inzwischen habe sich der SPD-Arbeitskreis "Landesblindengeld" einhellig gegen das Gesetz ausgesprochen. Tegtmeier forderte "erhebliche Korrekturen zur Schadensbegrenzung".

Die interne Kritik zeigt bereits erste Wirkung. Nach Angaben der SPD-Landtagsabgeordneten Ute Schild und Norbert Dankert wird die SPD-Fraktion den Gesetzentwurf in die Ausschüsse überweisen. Dort solle die Kürzung noch einmal "intensiv beraten" werden. Dankert sagte, kein Gesetz komme so aus dem parlamentarischen Verfahren heraus, wie es hineingegangen sei. Schild erklärte, es müsse geprüft werden, ob die Änderung in dem geplanten Umfang nötig sei. Klartext: Die Kürzung soll auf jeden Fall geringer ausfallen.

Das Finanzministerium verteidigte gestern die vorgelegten Zahlen. Die Berechnungsgrundlage sei "völlig korrekt", erklärte ein Sprecher Kelers. Zudem zahle MV Sozialleistungen, die es in anderen Bundesländern nicht gebe. Selling war gestern für die OZ nicht zu erreichen. Mehrere Behindertenverbände kündigten indes an, morgen vor dem Landtag zu demonstrieren.

JÖRG KÖPKE

Quelle: ostsee-zeitung.de

Dienstag, 23. September 2008, Titelseite